

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche
**Stasi-Vergangenheit von Abgeordneten kein Kavaliersdelikt.
Thomas Strobl plädiert weiter für konsequente Aufdeckung
geheimdienstlicher Verstrickungen bei Volksvertretern**

Der von Thomas Strobl geleitete Erste Ausschuss des Deutschen Bundestages sieht „anhaltenden Handlungsbedarf bei der Aufarbeitung von Stasi-Verstrickungen.“ Die Fraktionen der Regierungskoalition schlossen sich dieser Sicht vollständig an. Daraufhin befasste sich das Parlament auf Antrag von Union und FDP in dieser Woche in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema.



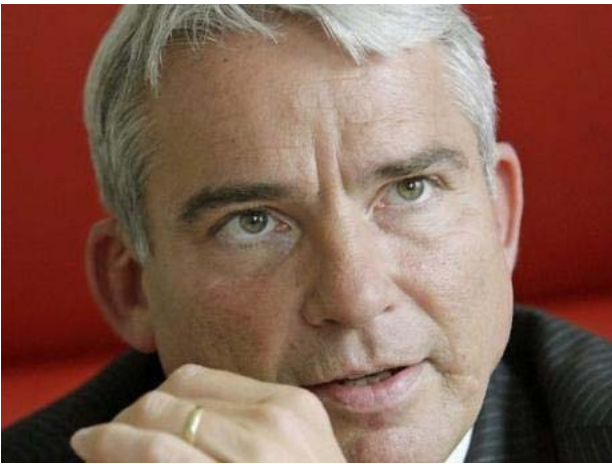
(Bergen noch manch brisante Information: Die Stasi-Akten in Berlin.)

Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen soll das Stasi-Unterlagengesetz geändert werden. Leitende

Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen nun doch über 2011 hinaus auf eine frühere Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR überprüft werden. Hintergrund sind Enthüllungen in Brandenburg über eine frühere Zusammenarbeit von Mitgliedern der dort mitregierenden Linkspartei mit der DDR-Staatssicherheit.

Laut derzeitigem Stasi-Unterlagengesetz sollte die Kontrollmöglichkeit eigentlich 2011 entfallen. In diesem Zusammenhang stellten die Mitglieder der von Thomas Strobl geführten CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg beim Präsidenten des Deutschen Bundestages Anträge auf Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Hintergrund ist § 44c Abs. 1 Abgeordnetengesetz, nachdem sich die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf Antrag freiwillig auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überprüfen lassen können.



(Plädiert für konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit: Thomas Strobl MdB, Vorsitzender des Ersten Ausschusses im Deutschen Bundestag)

Thomas Strobl dazu: „Ich wollte mit diesem Kollektivantrag meiner Landesgruppe ein Beispiel geben und demonstrieren, dass es weder ehrenrührig ist noch ´weh tut´, sich auf Stasi-Tätigkeit überprüfen zu lassen – wenn man nichts zu verbergen hat! Und wer etwas zu verbergen hat, dem darf es ruhig ´weh tun´, denn der hat – mit Verlaub – nichts im Parlament oder höheren Staatsdienst zu suchen.“

BERICHT AUS DEM PLENUM:

65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Hängt die Aufarbeitung der Stasi-Verstrickungen mit der jüngsten deutschen Geschichte und der kommunistischen Diktatur in Ost-Deutschland zusammen, so galt ein zweites zentrales Plenarthe-ma den schon etwas länger zurückliegenden Schrecken der Nazi-Barbarei.

65 Jahre ist es her, dass das Vernichtungslager Auschwitz befreit wurde, in dem über eine Million Menschen – vornehmlich Juden – umgebracht wurden. Aus diesem Anlass wurde am 27. Januar, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, im Deutschen Bundestag aller Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Redner der Gedenkveranstaltung waren Bundestagspräsident Norbert Lammert, der israelische Präsident Shimon Peres und Prof. Dr. Feliks Tych, Zeitzeuge und ehemaliger Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau.

In seiner Rede bezeichnete der israelische Staatspräsident die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel als „einzigartig.“ Peres sagte, diese Freundschaft führe aber nicht dazu, „dass wir die Shoa vergessen.“



(Der Staatsgast aus Jerusalem spricht das Kadisch im Bundestag und betont die „einzigartige Freundschaft“ zwischen Israel und Deutschland.)

Vielmehr sei man sich „der Finsternis, die im Todestal der Vergangenheit herrschte“, bewusst – auch angesichts der „gemeinsamen, klaren Entscheidung, unseren Blick nach vorne zu richten – zum Horizont der Hoffnung und in eine bessere Welt.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich derartiges nie wiederholen kann. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Brennpunkt Afghanistan

Einen Tag vor Beginn der Afghanistan-Konferenz in London zog Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine gemischte Bilanz des bisherigen Einsatzes.

„Es gab manche Fortschritte, aber zu viele Rückschläge“, betonte die Bundeskanzlerin. Der Einsatz der Bundeswehr „war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes.“ Es gehe darum, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren. Die internationale Staatengemeinschaft habe ihre Ziele in Afghanistan noch nicht erreicht, bekräftigte Merkel. Deshalb hätten Deutschland, Frankreich und Großbritannien im September 2009 die Initiative zu einer internationalen Afghanistan-Konferenz ergriffen.



(Archivbild: Die Kanzlerin auf Truppenbesuch in Afghanistan.)

Beraten werde über die Frage, wie die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität im Land Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden könne. In London gehe es also um eine Strategie der Übergabe in Verantwortung an Afghanistan. Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher.

Die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte soll noch verstärkt werden. Dazu will die Bundesregierung 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Weitere 350 Soldaten bildeten eine „flexible Reserve“, um auf besondere Situationen reagieren zu können. Auch die Zahl der Polizeiausbilder soll von 123 auf 200 erhöht werden. Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiterhin auf den Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Millionen Euro steigen, also nahezu verdoppelt werden, kündigte Merkel an.

Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und mehr Kinder in die Schulen. Gemeinsam mit der afghanischen Regierung will die Bundesregierung zudem den innerafghanischen Versöhnungsprozess unterstützen. Gemäßigte Taliban-Kämpfer, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen kämpfen, sollen für die Gemeinschaft zurückgewonnen werden: etwa mit Ausbildung und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter in Infrastrukturprojekten.

Für dieses Re-Integrationsprogramm sind insgesamt rund 350 Millionen Euro vorgesehen. 50 Millionen davon will Deutschland in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Kein festes Abzugsdatum

Erneut sprach sich die Kanzlerin gegen ein festes Abzugs-Datum aus. „Gerade wer möchte, dass der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, darf dem Drängen auf ein Abzugsdatum nicht nachgeben.“

Zugleich äußerte sie die Hoffnung, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Distrikte der Nordregion, wo Deutschland die Verantwortung trägt, an die afghanischen Behörden übergeben werden könnten. „Im zweiten Halbjahr könnte dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden.“

Ausdrücklich begrüßte Merkel das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu wollen.

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Hamid Karzai zu Gast in Berlin
- Jahreswirtschaftsbericht 2010

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch von meinem Berliner Büro unter 030 / 227 72542.

NEWS AUS MEINEM MITARBEITERTEAM:



(Bekannt unter dem Kürzel amat: Andreas Mair am Tinkhof)

Mein verdienter studentischer Mitarbeiter Andreas Mair am Tinkhof hat vor geraumer Zeit seinen Universitätsabschluss gemacht. Dazu möchte ich ihm auch auf diesem Weg noch einmal herzlich gratulieren. Beruflich bedeutet sein neuer Status als Magister Artium, dass er nunmehr in Vollzeit für mich tätig sein kann. Er tut dies indes nicht länger vom Heilbronner Wahlkreisbüro aus, sondern wechselte noch im alten Jahr nach Stuttgart auf die Landesgeschäftsstelle. Dort übernahm er auf meinen Wunsch das wichtige Ressort Grundsatz und Kommunikation und unterstützt mich inzwischen als Pressesprecher bei meiner landespolitischen Generalsekretärsarbeit. Ich schätze seit langem seinen pointierten Schreibstil und freue mich auf die Fortsetzung unserer guten Zusammenarbeit, die nun noch intensiver wird.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Landesvorsitzender Mappus beglückwünscht Thomas Strobl:

CDU Baden-Württemberg erfreut über Wahl des Generalsekretärs zum Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses (Mitteilung vom 28.01.2010)



„Ich freue mich sehr, dass Thomas Strobl gestern Abend zum Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses gewählt wurde, und gratuliere ihm sehr herzlich zur Wahl in dieses wichtige Amt“, erklärte der Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Stefan Mappus MdL, am heutigen Donnerstag, 28. Januar 2010, in Stuttgart: „Der Vermittlungsausschuss ist – wenn es darauf ankommt – eine der ganz zentralen Institutionen im Gesetzgebungsverfahren und ich wünsche Thomas Strobl für die neue, verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und allen Erfolg.“

Mit dem direkt gewählten Heilbronner Bundestagsabgeordneten und dem Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl ist erstmals seit Kurt Georg Kiesinger MdB in der ersten und zweiten Wahlperiode des Deutschen Bundestages ein CDU-Mitglied aus Baden-Württemberg Vorsitzender des Vermittlungsausschusses. Neben Strobl hat der Vermittlungsausschuss am gestrigen Abend den Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, zum weiteren Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses gewählt; Böhrnsen bekleidete dieses Amt bereits in der 16. Legislaturperiode von 2005 bis 2009.

Der in Artikel 77 des Grundgesetzes vorgesehene Vermittlungsausschuss ist der gemeinsame Ausschuss von Deutschem Bundestag und Bundesrat. Ihm gehören jeweils 16 Mitglieder des Bundestages – die entsprechend der Fraktionsstärke im Parlament aufgeteilt werden – und des Bundesrates – eines für jedes Land – an. Seine Aufgabe ist es,

zwischen dem Parlament und der Länderkammer zu vermitteln, wenn es zwischen Bundestag und Bundesrat zu einem Streit über den Inhalt einer Gesetzgebung kommt. Ein besonderes Gewicht kommt ihm zu, weil in Bundestag und Bundesrat zu den im Vermittlungsausschuss behandelten Themen nur über den dort ausgehandelten Kompromiss abgestimmt werden darf und andere Anträge zur jeweiligen Sache nicht zulässig sind.

SCHLUSSWORT:

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorgestern am Holocaust-Gedenktag im Bundestag gehaltenen Reden haben mich tief bewegt. Sowohl die einfühlsam-nachdenklichen Worte unseres Parlamentspräsidenten Lammert als auch die staatsmännisch-menschlichen Ausführungen des israelischen Gastes Shimon Peres waren sehr beeindruckend.

Besonders ergriffen haben mich aber die Worte des jüdisch-polnischen Historikers Feliks Tych. Dieser Überlebende des Holocaust widmete nach 1945 der wissenschaftlichen Erforschung der Nazi-Verbrechen seine gesamte berufliche Arbeit und drang tiefer in die Materie ein als viele andere. Aufgrund dieser intensiven Beschäftigung bei eigener Betroffenheit ist er in doppelter Hinsicht Experte, er ist Zeitzeuge und Zeitanalyst gleichermaßen. Was er sagt, fesselt und lässt niemanden kalt.



(Dr. Feliks Tych bei seiner Rede im Bundestag am 27.01.2010)

So waren denn auch seine Ausführungen im Bundestag aufschlussreich und erhellend. Wenn er z.B. auf die Handlangerdienste der Polen, Franzosen, Ungarn, Italiener und anderer Völker beim Holocaust hinweist und schildert, wie viele „willige Vollstrecker“ Hitler auch außerhalb Deutschlands für seine bestialischen Mordaktionen fand, dann macht er die Universalität menschlicher Schwäche und latenter Niedertracht deutlich, die bei früheren Diskussionen des Themas etwas zu kurz kam.

Hier wurde allzu lange etwas einseitig vom „typisch deutschen“ Charakter des Genozids am jüdischen Volk gesprochen. Dass in Wahrheit viel mehr Nationen beteiligt waren, dieses schreckliche Menschheitsverbrechen zu ermöglichen, der zivilisatorische Firnis einer Gesellschaft also überall erschreckend dünn ist und von Barbarei jederzeit durchbrochen werden kann, ist die Quintessenz der beeindruckenden Aussagen von Herrn Tych. Sie haben es – wie ich finde – verdient, zum Allgemeingut in der nationalen wie internationalen Geschichtsforschung zu werden. Dann nämlich würde sich die Chance vergrößern, dass man wirklich aus der Geschichte lernt und eine Wiederholung des Unheilvollen nicht nur in Deutschland vermeidet, sondern – was ja eigentlich Ziel sein muss – auch überall sonst auf der Welt.

Wer Interesse an der kompletten Rede von Herrn Tych hat, kann sie sich auf der Bundestagshomepage www.bundestag.de anschauen oder sie sich von meinem Berliner Büro schicken lassen.

Damit grüßt Sie bis zur nächsten Ausgabe des „Berlin aktuell“

herzlichst

Her Thomas Stöbe.